Geht es noch dieses Jahr los?

Der Zell-Weierbacher Ortschaftsrat hat sich mit dem Verkehrskonzept im Zusammenhang mit der Schulentwicklung befasst. Es gab noch einmal neue Vorschläge – und einen klaren Wunsch.

VON THORSTEN MUHL

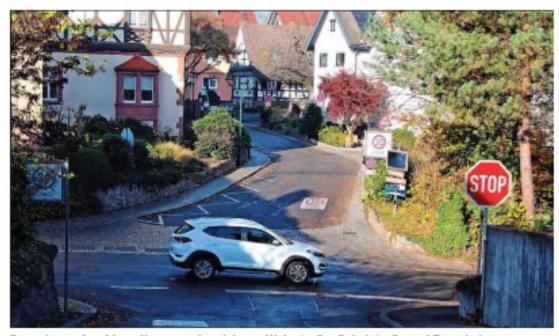
Offenburg-Zell-Weierbach.

Der Baustein "Verkehrskonzept" innerhalb des großen "Schul-Themen-Komplexes standort Zell-Weierbach" nimmt Gestalt an. Mitte Oktober hatte Christoph Hupfer von der Hochschule Karlsruhe Vorschläge für die Verkehrskonzeption im Ortschaftsrat dargelegt. Wie Ortsvorsteher Willi Wunsch (CDU) in der vergangenen Woche im Ortschaftsrat einleitend sagte, hatten sich die Fraktionen am Abend vor der Sitzung mit den Ideen in einer nichtöffentlichen Vorberatung auseinandergesetzt. Ziel war aufgrund der Bedeutung des Themas ein möglichst einhelliger Beschluss.

Herbert Lenz (CDU) bezeichnete das Konzept als "sehr durchdacht", Jürgen Wernke (BLZW) betonte dessen "planerische Tiefe". Diese Tiefe ermögliche "eine klare Betrachtung und versetzt in die Lage, uns die zukünftige Verkehrsgestaltung vorzustellen". Rüdiger Wagner (SPD) stellte lobend die "vielschichtigen Gedankengänge" von Professor Hupfer und Mitarbeitern heraus.

Radhaus vorgesehen

Wie erhofft zeigte die Vorberatung in den Fraktionen eine große Schnittmenge bei den zentralen Elementen. Dazu zählten ein Radhaus, für das aufgrund erhöhten Stellplatz-Bedarfs rund 1000 Quadratmeter Fläche nötig wären. Eine Priorisierung der zentralen Bushaltestelle Abtsberghalle wurde, in Verbindung mit der neuen Treppenanlage "Im Winkel", als besonders sinnvoll erachtet. Dazu kämen die Ertüchtigung der Haltestellen Grundmattstraße und Ortsmitte und die Aufwertung des Hallenparkplatzes nebst



Der schwer einsehbare Kreuzungsbereich von Weinstraße, Schulstraße und Burschelsgasse könnte mithilfe einer "schlafenden" Ampel für Fußgänger entschäft werden. Foto: Thorsten Mühl

Querung der Weinstraße aus Schulstraße und Burschelsgasse mittels "schlafender Ampel". Auf große Gegenliebe stieß Planungsvariante vier, ein "verkehrsfreier Campus".

Sinnvoll erschien den Fraktionen, wo machbar, einzelne Maßnahmen noch 2020 umzusetzen. Lenz führte den Komplex "Im Winkel/Lohgassle" und die Schulstraße an, was konzeptionell zusammenhänge. Wernke gefiel die klare Benennung der drei Haupt-Radverbindungen (im Norden über Wohngebiet und landwirtschaftliche Flächen südlich der Weinstraße, im Süden nach Waldbachsenke mit Umwandlung von Franz-Schmidt- und folgender Straßen durch eine Fahrradzone, dazu Höhenverbindung über Lindenhöhe). Er hob hervor, dass Hupfer die Beleuchtung der Wege als "Standard" ansehe - zumal die Radwege-Beleuchtung zwischen Offenburgs Ortsteilen bisher

kein Standard gewesen sei. Wagner verlieh dem Wunsch nach Lenkung der Fußgängerwege Ausdruck, begrüßte die neue Treppenanlage.

Tempo verringern

Ergänzende Vorschläge wurden eingebracht. Jürgen Wernke regte für die Fahrradzone ein Parkraumkonzept an, um Parken nur noch auf eingezeichneten Flächen zu erlauben. BLZW und SPD erschien für die Weinstraße eine Begrenzung auf 30 Stundenkilometer zwischen Einmündung Weingartenstraße und Tiefgaragen-Ausfahrt des neuen Sonne"-Areals sinnvoll. Die Fraktionen setzten sich dafür ein, sofern möglich, Maßnahmen in "Winkel", Lohgässle und Schulstraße vorzuziehen. Gerade von der Sperrung des "Winkels" für Kfz-Verkehr, dafür Nutzung von Rad- und Gehwegbereich (mit Erlaubnis von

Anlieger- und Besucherverkehr), räumlicher Trennung der Verkehrsströme und neuer, klarer Verkehrsführung in der Schulstraße versprechen sich die Räte einiges.

Die BLZW konnte sich alternativ zum Parkraumkonzept
des "verkehrsfreien Campus"
die Schaffung eines weiteren
Lehrerparkplatzes auf dem
städtischen Grundstück neben
dem Discounter vorstellen. Der
Effekt: "Die Schule wäre fußläufig zu erreichen und das
Lohgässle würde durch diesen gegenüber einem Parkplatz
im Lohgässle vom Kfz-Verkehr
entlastet", sagte Wernke.

VOTUM: Der Ortschaftsrat stellte sich einhellig hinter das Verkehrskonzept. Ortsvorsteher Willi Wunsch nahm den Antrag auf, verschiedene Aspekte – darunter das Ersuchen zur Aufnahme des Vorziehens bestimmter Maßnahmen und der ergänzenden Ratsvorschläge – in der Sitzung Ende November zu beschließen.